

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Dringlichen Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 18/0557

Geltendes Recht durchsetzen statt Kumpanei mit Hausbesetzern: Volksbühne umgehend räumen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Sofortige Beendigung der Besetzung der Volksbühne

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die anhaltende Besetzung der Volksbühne unverzüglich beendet wird. Darüber hinaus hat der Senat den Forderungen der Besetzer nach einer Interimsintendanz oder einer Teilbesetzung des Grünen Salons oder des Pavillons der Volksbühne eine klare Absage zu erteilen und dafür zu sorgen, dass eine zukünftige Besetzung umgehend unterbunden wird.

Begründung:

Die willkürliche Besetzung der Volksbühne lässt jeden Respekt vor den demokratisch legitimierten Aushandlungsprozessen unserer Stadt vermissen. Die Behauptung der Besetzer, ein politisches Diskursvakuum zu füllen, ist entschieden vom Senat zurückzuweisen. In Berlin gibt es eine Vielzahl an legalen Dialogformaten, mittels derer kontrovers über die Weiterent-

wicklung der Kunst- und Theaterlandschaft, aber auch über Fragen der Stadtentwicklung oder der Verdrängung in Berlin auf friedlichem Wege diskutiert wird.

Es wäre die Aufgabe des Senates, etablierte Dialogformate zu stärken und nicht das Handeln der Besetzer nachträglich dadurch zu legitimieren, dass man in der Volksbühne Räume zur Verfügung stellt.

Die Besetzung der Humboldt-Universität durch Unterstützer des Ex-Staatsekretärs und Ex-Stasi-Mitarbeiters Andrej Holm muss dabei rückblickend als ein erster Vorgeschmack auf ein immer kompromissloseres Handeln seitens des geistigen Unterstützerspektrums von Rot-Rot-Grün in Berlin gewertet werden. Die Tatsache, dass selbiger Andrej Holm nun an Veranstaltungen der Volksbühnenbesetzer aktiv teilnimmt, erhärtet dabei den Verdacht eines sachlichen Zusammenhangs zwischen einer von ideologischen Feindbildern geprägten Klientelpolitik durch Rot-Rot-Grün und dem arroganten, pseudo-anarchischen Gebaren der Volksbühnen-Besetzer.

Der linke Senat ist angesichts dieser erneuten Eskalation nun dazu berufen, seine eigene Klientel davon zu überzeugen, die Besetzung der Volksbühne aufzugeben. Kultursenator Lederer muss die Suppe jetzt auslöffeln, die er sich selbst eingebrockt hat, als er vor einem Jahr den neu berufenen Intendanten Chris Dercon sofort wieder zur Disposition gestellt hat. Der Senat muss gewährleisten, dass Dercon, sein Team und die Schauspieler der Volksbühne ihre Arbeit ungestört fortsetzen und ihre Verträge erfüllen können, so dass der bestehende Spielplan in sämtlichen Räumlichkeiten der Volksbühne ab November planmäßig aufgenommen werden kann.

Berlin, den 28. September 2017

Graf Dr. Juhnke
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU